Nr. 255 17. Jahrg
Mittwoch den 6. Nov. 1918
abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion, Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46
Fernsprecher 21366
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis:
Ausgabe A mit illustr. Beilage vierteljährlich 2.40 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.88 M; in Oesterreich 5.88 K.
Ausgabe B. vierteljährlich 2.10 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.52 M; in Oesterreich 4.96 K.
Einzel-Nummer 10 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die 5spaltige Zeile 25 ₰, im Reklameteil 80 ₰. Familien-Anzeigen 20 ₰.
Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung im Königreich Sachsen. Organ der Zentrumspartei.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Aufnahme der Friedensverhandlungen

Berlin, 6. Nov. Amtl. (W. T. B.) Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Diese Nachricht, die heute mittag kurz nach 2 Uhr hier eingetroffen ist, ist außerordentlich überraschend. Während das ganze Volk seit Tagen in atemloser Spannung auf die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen wartet, kommt die Meldung, daß die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen bereit nach dem Westen unterwegs ist. Das beweist, daß sich in den letzten Stunden schwerwiegende Verhandlungen abgespielt haben, die die Dinge eher zum Reifen brachten, als man gemeinhin angenommen hat und annehmen konnte. Diese Nachricht läßt aber auch die leise Hoffnung aufkommen, daß die Sache für uns nicht gar zu ungünstig steht. Das deutsche Volk, vor allem aber das deutsche Heer hat ja gerade in den letzten Wochen und Tagen gezeigt, daß es nicht gewillt ist, sich unterjochen zu lassen, wohl aber einen Rechtsfrieden abzuschließen. Die viereinhalb Kriegsjahre geben dazu auch vollste Berechtigung.

hsl.

Im Kern gesund.

Staatsminister Dr. Heinze hat in seiner gestrigen Rede, die er namens der neuen Regierung gehalten hat, betont, daß ein Volk, das im Felde vier Jahre gegen eine ungeheure Uebermacht ruhmvoll gekämpft, das in der Heimat alle Entbehrungen willig getragen hat, im Kern gesund sei und nicht untergehen könne. Der Staatsminister hat mit diesen Worten sozusagen ins Schwarze getroffen. Tatsächlich hat es keinen Zweck, im gegenwärtigen Augenblick nach den Gründen der Katastrophe zu fragen. Wir müssen uns mit den gegebenen Verhältnissen abfinden, und alles versuchen, uns die Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Darum muß die Parole lauten, alle Kräfte zusammenzufassen. Einer Katastrophenpolitik, die tatsächlich durch das Treiben unverantwortlicher Elemente droht, kann nur dann erfolgreich entgegengearbeitet werden, wenn unser Volk in der richtigen Weise aufgeklärt wird. Dazu muß heute jeder mithelfen, der sein Vaterland und sein Volk liebt und es darf niemand verärgert beiseite stehen. Der Ruf zur Besonnenheit gilt vor allem den Elementen auf der äußersten Linken, die bewußt Katastrophenpolitik treiben. Ihnen hat der Minister gestern mit vollem Recht gesagt, daß kein Tumult imstande ist, die Vorräte zu steigern, mehr Brot zu schaffen, die Zahl der Eisenbahnwagen zu vermehren. Im Gegenteil! Dadurch würden sich die Verhältnisse noch bedeutend verschlechtern und wir würden nur unseren Feinden einen Gefallen damit erweisen.

Abgesehen davon, sollte auch sonst niemand verärgert beiseite stehen. Wir haben schon in unserem gestrigen Leitartikel angedeutet, daß mancher manches anders gewünscht hätte. Und gewiß gibt es Grenzlinien, die unbedingt eingehalten werden müssen, ja, die unseres Erachtens sogar ruhig betont werden können. Diese Grenzlinien dürfen nicht überschritten werden. Heute jedoch dürfen wir, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, aber nicht allein das Trennende hervorheben, sondern wir müssen auch das Gemeinsame betonen. Wir können das eine tun, ohne das andere zu unterlassen. Vor allem aber müssen wir das festhalten: Das Vaterland ist in höchster Not und bedarf die Kraft eines jeden. Diesen Gesichtpunkt mögen auch die nicht außer acht lassen, die bis jetzt geglaubt haben — u. das gewiß aus schwerwiegenden, nicht mit einer Handbewegung abzutuenden Gründen geglaubt haben — die Entwickelung nicht mitmachen zu können. Auf den Boden der neuen Verhältnisse haben sich auch die Einzelstaaten gestellt und deshalb sollte jeder sich damit abfinden, daß es ein Zurück nicht mehr gibt. Und keiner sollte seine Mitarbeit versagen, damit der gesunde Kern erhalten bleibt.

Wenn das so bleiben soll, dann darf auch an dem Aufbau des Reiches nicht gerüttelt werden. Es hat uns daher in außerordentlichem Maße sympathisch berührt, daß Staatsminister Dr. Heinze betont hat, es müsse an der Selbständigkeit der Einzelstaaten festgehalten werden. Er hat dann weiterhin die Fragen der Volksernährung ohne Beschönigung dargelegt. Wir dürfen uns auch in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben. In der Proklamation der deutschen Regierung heißt es zwar: „Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährungs- und aller Lebensverhältnisse einstellen.“ Das ist wohl richtig. Aber doch nur mit einer gewissen Einschränkung. Denn die Verhältnisse können und werden sich nicht von heute auf morgen bessern. Wir dürfen aber hoffen, daß vielleicht das im Kern gesunde deutsche Volk die Schwierigkeiten rascher überwinden wird, als man heute voraussehen kann.

Ernste und schwere Tage sind es, die unser Volk jetzt durchlebt. In Köln haben am Sonntag zwei Kundgebungen stattgefunden, in denen der Zentrumsabgeordnete Marx, der sozialdemokratische Abg. Meerfeld und der nationalliberale Abg. Böttger sprachen. In diesen Versammlungen wurde folgendes schöne Wort gesprochen:

„Wir alle sehnen uns selbstverständlich nach Frieden, wir wollen aber durch diese Zeit als aufrechte Männer schreiten, keine Memmen sein. Wehe uns, wenn einstens die Geschichte über uns urteilen müßte, daß diese Zeit, die größte und zugleich grausigste, ein jämmerliches, kleines Geschlecht gefunden habe!“

Das sprach nun kein Alldeutscher, auch kein Vaterlandsparteiler, sondern der Sozialist Meerfeld. Wenn das deutsche Volk wirklich diese Worte in die Tat umsetzt, dann ist der Beweis erbracht, daß es im Kern noch gesund ist.

hsl.

Das Programm unserer Regierung.

Die Zweite Kammer trat gestern vormittag 11 Uhr zu einer für die parlamentarische Geschichte Sachsens und für die künftigen Geschicke des sächsischen Volkes und Vaterlandes hochbedeutsamen Sitzung zusammen, deren Tagesordnung lautete: **Entgegennahme einer Erklärung der Regierung**. Schon äußerlich lag auf dem Hause das Gepräge eines großen Tages. Sofort nach Eröfnung der Sitzung nahm der Vorsitzende Staatsminister des Gesamtministeriums, Minister der Justiz und des Auswärtigen

Dr. Heinze das Wort.

Er entwickelte in gehaltvollen Ausführungen, die oft von lebhaftem Beifall unterbrochen wurden, das Programm der neuen Regierung, die in einer ernsten Zeit vor den Landtag trete, in der Feinde uns allerseits bestürmen, in der der **Bestand des Reiches auf dem Spiele** stehe, und in der schwere **Sorgen für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft** uns im Innern bedrängen. In dieser Zeit und für die Zukunft müsse es **oberster Grundsatz sein, alle lebendigen Kräfte in den Dienst des Vaterlandes** zu stellen. Diesem Grundsatz entsprechn auch die großen verfassungsrechtlichen Forderungen im Reiche, denen die sächsische Regierung im Bundesrat durchweg zugestimmt habe. Diesem Grundsatz verdanke auch die gegenwärtige Regierung ihr Dasein. Die politischen Kräfte, die im Volke wirken, und die in der Volksvertretung ihren Ausdruck finden, haben bei der Bildung der Regierung maßgebend mitgewirkt. Neben den fünf Ministern treten vier vollberechtigte Minister ohne Departement, den Mehrheitsparteien der Zweiten Kammer unmittelbar entnommen, und auf ihren Vorschlag hin ernannt, hinzu. Hierdurch sei die Gewähr geboten, **daß das Gesamtministerium in engster Fühlung mit der Volksvertretung stehe.**

Dr. Heinze besprach dann die **innere Gestaltung der einzelnen Ministerialdepartements** und kündigte ein **Verkehrsministerium** sowie die **Trennung des Kultusministeriums vom Unterrichtsministerium** an. Das **Wahlrecht für die Zweite Kammer** solle auf breiter Grundlage ausgebaut werden und das Vorrecht des Besitzes solle hierbei wegfallen. Das Wahlrecht solle auf dem System der Verhältniswahl beruhen. Die Neuwahlen dürfen nicht vor Friedensschluß und nicht vor Heimkehr unserer Krieger stattfinden. Er hoffe, daß im Spätsommer oder im Herbst 1919 nach dem neuen Gesetz gewählt werde, so daß heute übers Jahr der neue Landtag bereits in der Arbeit begriffen sei. Auch der Ersten Kammer könnten Minister entnommen werden. Der lebhafte Wunsch der Ersten Kammer, fruchtbringend an der Entwickelung Sachsens mitzuarbeiten, stehe fest. Die Erste Kammer müsse sich auch organisch in den Verfassungsneubau einfügen und eine grundsätzliche Neuformung werde unvermeidlich sein.

Die Schwierigkeiten der vorhandenen Probleme sei groß. Er warne davor, durch Unbedacht oder durch Gewalt Unordnung zu schaffen. Besonders schwierig sei die Knappheit der Vorräte und der Transportmittel. Auch die **Aufspeicherung der Zahlungsmittel** bringe Schwierigkeiten. Die nächste Zukunft werde bedeutungsvolle Aufgaben bringen, z. B. die **Schaffung lohnender Arbeit für die heimkehrenden Krieger, die Versorgung mit Rohstoffen, die Gründung eines Arbeitsamtes und die Hebung unserer Volksernährung. Kriegswucherer** und gewerbsmäßige Schleichhändler hätten keine Duldung und Schonung zu erwarten. Die Landwirtschaft habe ihre schwierige Aufgabe vortrefflich gelöst, was dankbar anerkannt werden müsse. Auch die Wohnungsknappheit müsse baldigst behoben werden. Der Minister kündigte weiter eine durchgreifende **Reform des Volksschulwesens** und eine **freiheitliche Abänderung des Gemeindewahlrechts** an. Das Verlangen nach der **Erfassung der Kriegsgewinne** sei ebenfalls berechtigt. Für eine gedeihliche Entwicklung unseres Staatswesens sei ein tüchtiges Beamtentum unerläßlich, denn eine gesicherte Existenz gewährleistet werden müsse.

Das Beamtenrecht und das Zivilstaatsdienergesetz sei verbesserungsbedürftig. Für die **Gesamtpolitik des Landes** solle eine Staatskanzlei eingerichtet werden, deren Chef die Fragen der Beziehungen zum Reiche und die Fragen der inneren Politik zu bearbeiten habe. Die Beziehungen zum Reiche sollten besonders gut gepflegt werden. Feindliche Stimmen, die einen Verfall des Reiches in seine Einzelstaaten prophezeien, verkennen den Geist des deutschen Volkes. Der gewaltige Aufschwung Deutschlands würde nicht möglich gewesen sein, wenn sich die Einzelstaaten nicht zu dem großen mächtigen Reiche zusammengeschlossen hätten. Sachsen sei bereit, seine besten Kräfte in den Dienst des Reiches zu stellen. Deutschland habe einen Anspruch auf Frieden, **der ihm seine Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft verbürge und ihm seinen Platz an der Sonne sichere.**

In der Aussprache erklärte

Abg. Uhlig (Soz.): Die Umwandlung des Staates auf demokratischer Grundlage und die Berufung von Sozialdemokraten in die Regierung ist ein Akt von geschichtlicher Bedeutung. Die Aufrichtung einer deutschen Republik würde dem Empfinden der überwältigenden Mehrheit des Volkes Rechnung tragen.

Abg. Dr. Niethammer (ntl.): Der Weg, auf dem der Staatswagen dahinrollt, ist schmal und gefahrvoll. Eine Beseitigung des Kaisertums selbst würde und müßte zu einem Zerfalle des Deutschen Reiches führen, und darüber, was das zu bedeuten hätte, kann niemand im Zweifel sein. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Böhme (Kons.): Der Minister habe die endgültige und volle Durchführung des parlamentarischen Systems in Sachsen als Ziel der neuen Regierung bezeichnet. Voraussetzung sei dafür, daß Homogenität der politischen Auffassung innerhalb des Ministeriums vorhanden sei. Das bezweifle er. Zusammenfassend erklärt Dr. Böhme, seine Fraktion sei grundsätzlich mit der vom Minister entwickelten Politik einverstanden, sie glaube aber nicht, daß er es mit der ihm zur Seite stehenden Regierung restlos werde durchführen können.

Staatsminister Nitzschke: Der Vorredner hat das wertvolle Geständnis abgelegt, daß die konservative Fraktion sich hinter die Neuordnung stellen wolle. Ja, er hat sogar der neuen Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Er hat jedoch bemängelt, daß der neuen Regierung die wünschenswerte Homogenität fehle. Es ist richtig, daß die politischen Parteiprogramme innerhalb der Fraktionen volle Selbständigkeit behalten sollen, und daß man sich bei den nicht zu umgehenden Auseinandersetzungen in Güte sachlich einigt. Die Regierung bringt allen Berufsständen das gleiche Interesse entgegen. Ihre schweren Aufgaben wird die Regierung um so leichter lösen können, wenn sie sich auf das Vertrauen der Kammer und des Volkes stützen kann.

Abg. Brodauf (Fortschr. Vp.): Das Rad der Zeit ist über diejenigen hinweggegangen, die ihm in die Speichen

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19181106/1